

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 16/27

**Expertinnen- bzw. Experten-Anhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern**

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit führt gegebenenfalls zusammen mit den Ausschüssen für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, für Umwelt und Gesundheit und für Eingaben und Beschwerden innerhalb der ersten Jahreshälfte 2009 eine Expertinnen- und Expertenanhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern unter besonderer Berücksichtigung folgender Punkte durch:

- die Unterbringungs- und Versorgungssituation von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und geduldeten Personen in Bayern
- gesundheitliche Folgen (unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Kinder)
- Erfahrungen mit Alternativmodellen in anderen Bundesländern.

Die Fragen laut Nr. 2 und Nr. 3 des Beschlusses des Bayerischen Landtags auf Drs. 16/119 sollen ebenfalls einbezogen werden.“

Berichterstatlerin: **Renate Ackermann**  
Mitberichterstatler: **Joachim Unterländer**

### II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden und der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 11. Dezember 2008 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 21. Januar 2009 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass die Worte „für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit“ gestrichen werden.
4. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 22. Januar 2009 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
5. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 28. Januar 2009 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
6. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 29. Januar 2009 mitberaten und einstimmig der Stellungnahme des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zugestimmt.

**Brigitte Meyer**  
Vorsitzende